

Finanzperiode — soweit sich bis jetzt übersehen läßt — eine Erhöhung des bisherigen Zuschlages von 50 Procent nicht in Anspruch genommen zu werden braucht.

— Der § 141 des Gerichtsverfassungsgesetzes für das deutsche Reich bestimmt, daß der Geschäftsgang des Reichsgerichts durch eine Geschäftsordnung geregelt werde, welche das Plenum auszuarbeiten und dem Bundesrathe zur Bestätigung vorzulegen hat. Gegenwärtig wird von dem Präsidenten Dr. Simson, den Senatspräsidenten und den vier ältesten Mitgliedern des Reichsgerichts der Entwurf einer solchen Ordnung aufgestellt.

— Bezüglich der neuen Justizgesetze herrscht im großen Publikum in leicht erklärlicher Weise noch immer viel Unklarheit, und Pflicht der Presse ist es daher, es nicht an den nöthigen Winken fehlen zu lassen. So möge namentlich Folgendes Beachtung finden: Bekanntlich sind alle Klagen an die Gerichtsstellen einzureichen und demnächst bestimmt der Amtsrichter den Termin und die Gerichtsvollzieher werden mit der Ladung der Parteien beauftragt. So lange Letztere jedoch noch nicht in dem Besitze eines Kostenvorstandes, der sich auf etwa 75 Pf. bis 1 M. beläuft, sind, kann eine Zustellung der Ladungen nicht erfolgen, die Gerichtsvollzieher sind vielmehr genöthigt, erst die Parteien schriftlich von den erforderlichen Kosten zu benachrichtigen. Natürlich geht auf diese Weise nicht nur Zeit und Geld verloren, sondern es kann auch der Fall vorkommen, daß eine Terminveräumlichung eintritt. Es empfiehlt sich daher, den Gerichtsvollziehern gleich bei Einreichung der Klage den erforderlichen Kostenvorstand zuzustellen.

— Die Postämter mit Telegraphenbetrieb sind seit etwa einem Jahre beauftragt, in geeigneten Fällen auch außerhalb der eigentlichen Telegraphendienststunden Telegramme anzunehmen, sofern der Postdienst die Anwesenheit von Beamten in den Diensträumen erfordert und die diensthabenden Beamten im Telegraphendienst hinreichend ausgebildet sind. Der ausgedehnte Gebrauch, welcher inzwischen von dieser Einrichtung gemacht worden, hat der Postverwaltung den Beweis geliefert, daß diese neue Anordnung einem Bedürfnis entsprochen hat, während die damit erzielte vermehrte Benutzung des Telegraphen auch auf das finanzielle Ergebnis der Verwaltung vortheilhaft eingewirkt hat. Uebrigens wird das schon jetzt bei zahlreichen Postanstalten erreichte Ziel, für den telegraphischen Verkehr die Dienststunden auf den für den Postverkehr maßgebenden Umfang zu erweitern, mit der fortschreitenden Ausbildung der Postbeamten für den Telegraphendienst immer allgemeiner zur Geltung kommen.

— Schon wieder ist ein Mandat zur zweiten sächsischen Kammer durch freiwilligen Rücktritt seines bisherigen Inhabers erledigt. Das kgl. Ministerium des Innern macht bekannt, daß der Vertreter des 31. ländlichen Wahlbezirks, der der nationalliberalen Fraction angehörige Ritterguts- und Fabrikbesitzer Leuschner, sein Mandat niedergelegt hat und es ist die Neuwahl auf den 6. November anberaumt. Der 31. ländliche Wahlkreis umfaßt den Gerichtsbezirk Limbach bei Chemnitz und eine Anzahl Ortschaften des Chemnitzer Amtsbezirks.

— Vergangenen Sonnabend fand die erste öffentliche Sitzung des Reichsgerichts zu Leipzig statt, wobei außer dem Präsidenten Dr. Simson 14 Reichsgerichtsräthe gegenwärtig waren. Es handelte sich bei dieser Sitzung einzig und allein um die Verpflichtung der beim Reichsgericht zulässigen Anwälte, von welchen sich 20 eingestellt hatten, während 3 fehlten. Nach der Abnahme des Eides wurde die Sitzung geschlossen. — Die Amtstracht der Reichsräthe anlangend, erfährt man, daß dieselbe in einem Talar mit Roth und reicher Goldstickerei und einem farbigen Varet bestehen werde.

— Am 4. d. M. feierte Herr Kirchschullehrer Robert Gutsche in Erdmannsdorf das 25jährige Jubiläum seiner Amtsthätigkeit. Die Sympathien, welche der Jubilar, bei Allen, die ihm nahe stehen, genießt, kamen dabei in wärmster Weise zum Ausdruck: von Seiten seiner Schüler und des von ihm geleiteten Gesangsvereins durch Morgengesänge, Beglückwünschung und Besenkung, von Seiten der Gemeinden durch Absendung einer Deputation zur Uebermittlung ihrer Glückwünsche und werthvoller Angebinde. Am Montag, als dem Erdmannsdorfer Kirchweihstage, nach dem Gottesdienste brachte schließlich der dasige Pfarrer

ein Schreiben der Kirchen- und Bezirksschulinspektion zur Verlesung, laut welchem dem Herrn Jubilar „in Anerkennung seines treuen und erspriechlichen Wirkens in Schule und Kirche“ das Prädicat „Cantor“ verliehen worden ist — eine ehrenvolle und wohlverdiente Anerkennung der oft so sauren Arbeit, die Herr Gutsche als Hilfslehrer in Dittmannsdorf, als zweiter Lehrer in Krumhermersdorf und seit 11 Jahren als Kirchschullehrer in Erdmannsdorf geleistet hat. Möge sein ferneres Wirken als Cantor ein recht gesegnetes sein!

— Dem Waldarbeiter Gottlob Friedrich Grinert zu Falkenau wurde dieser Tage bei Gelegenheit seines 50jährigen Jubiläums als Waldarbeiter auf Blauer Staatsforstrevier unter einer herzlichen Ansprache von Seiten des Oberforstmeisters Fleck und in Gegenwart mehrerer Forstbeamten die ihm vom kgl. Ministerium des Innern zuerkannte große silberne Medaille für Treue in der Arbeit, sowie 50 Mark an Geld überreicht.

— Die Actienlagerbierbrauerei Schloßchemnitz hat im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von 406 740 M. ergeben, der die Vertheilung einer Dividende von 25 Procent gestattet. Gebraut wurden 58 760 Hektoliter Biere gegen 58 273 Hektol. im Vorjahre, während verkauft wurden 57 920 Hektoliter gegen 56 373 Hektoliter im Vorjahre.

— Am Montag wurde in Chemnitz das neue Handelsschulgebäude eingeweiht.

— Von der Sächsischen Maschinenfabrik, vorm. Rich. Hartmann, in Chemnitz kommt die erfreuliche Nachricht, daß für das laufende Geschäftsjahr die vorhandenen Aufträge bereits den Vollbetrieb der gesamten Werkstätten sichern bis auf den Locomotivenbau, welcher jedoch auch wesentlich besser beschäftigt ist, als im verflossenen Jahre.

— Die Gemeinde Wilkau bei Zwickau feierte am 6. October einen großen Festtag, indem sie die nach zweijähriger Bauzeit glücklich vollendete Kirche einweihte. Dieselbe ist im romanischen Stile aus Ziegeln auf der nahe beim Orte liegenden Anhöhe erbaut worden und gereicht der Gegend zur Zierde.

— Die in einigen Dresdner Schulen aufgetretene Augenkrankheit ist im Erlöschen. Im Bismarck'schen Gymnasium konnte am 7. d. der Unterricht wieder in allen Klassen aufgenommen werden, nachdem eine genaue Untersuchung aller Schüler durch den Anstaltsarzt erfolgt war.

— Aus Oshag, 8. October, schreibt man: Arbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit, so tönt es überall. Doch scheint es wohl nicht so schlimm zu sein, wenn man nur arbeiten will. Bei uns sucht die städtische Verwaltung, um die verschiedenen begonnenen Bauten noch in diesem Herbst zu Ende zu führen, 30 Arbeiter. Trotz aller Bekanntmachungen in den hiesigen Localblättern haben sich aber bis jetzt, obwohl ein hoher Lohn geboten wurde, nur 4 Arbeiter gemeldet. Fechten und Bummeln scheint eben für Viele mehr Anziehungskraft zu haben, als die redliche Arbeit.

— Wie das „Frankenberger Tgl.“ berichtet, ist am 7. October Abends gegen 7 Uhr in der Nähe des Schlosses Sachsenburg der Cigarrenfabrikant v. Wimmer aus Frankenberg von 3 Individuen angefallen, nach Geld gefragt, gepöckelt und mit einem vernünftigen stumpfen Instrumente an der Hand verlegt, vor weitem Mißhandlungen aber durch das Dazwischentreten seines Hundes bewahrt worden. Die dicke Dunkelheit hat dem Angefallenen keinen Anhalt zur Ermittlung der Räuber gewährt.

— Aus Plauen wird abermals ein in der Nähe der Stadt an einer Milchmagd verübter Raubanfall gemeldet. Der Räuber war aus dem Walde gesprungen, hatte die schon ältliche Magd von hinten am Kopfe gepöckelt, mit dem Gesicht auf den Leiterbaum des Wagens, auf dem sie saß, gedrückt, und ihr mit dem Mufe „das Geld her“ Tasche und Portemonnaie mit 9 M. Inhalt entziffen. Die Beschreibung dieses Räubers paßt wieder ziemlich genau auf die Person des Thäters der früheren Fälle.

Tagesgeschichte.

Berlin, 7. October. Einem längern Artikel der „Nat.-Ztg.“ über den Ausfall der Wahlen zum Abgeordnetenhaus entnehmen wir Folgendes: Das zahlenmäßige Verhältniß der Parteien im neugewählten Abgeordnetenhaus läßt sich zur Stunde noch nicht feststellen. Nur einige charakteristische Züge können wir hier verzeichnen. Die

Führer aller Parteien sind, soweit wir übersehen können, gewählt; nur Basker fehlt noch in der Reihe. Die Verlustliste der nationalliberalen Partei ist eine lange und gewichtige. Das Resultat stellt sich im Großen so, daß die Städte im Osten beinahe durchgehends liberal, das Land im Osten conservativ, im Westen Stadt und Land ultramontan wählten mit einigen eingesprengten liberalen und conservativen Wahlen.

— Wie die „Volkstz.“ meldet, ist gegen den Redacteur des „Kladderadatsch“, Ernst Dohm, wegen Beleidigung des Reichskanzlers die Anklage eingeleitet worden.

— 8. October. Von den 433 Wahlen zum Abgeordnetenhaus sind bis jetzt 423 bekannt. Von den Erwählten gehören 111 der conservativen Richtung, 92 dem Centrum, 94 der nationalliberalen Partei an; 5 werden als liberal, 4 als gemäßig liberal bezeichnet; ferner wurden gewählt 43 Freiconservative, 35 Fortschrittler, 19 Polen, 4 Particularisten, 1 Demokrat (in Frankfurt a. M.), 15 von unbestimmter Parteistellung. Unter den Gewählten befinden sich die Minister v. Kamete, Graf zu Eulenburg, v. Puttkamer und Dr. Bitter, sowie die früheren Minister Dr. Falk, Hobrecht, Dr. Friedenthal und Dr. Achenbach.

— Sämmtliche Zeitungen beschäftigen sich heute mit dem Ausfall der gestrigen Wahlen. Die „Nordd. Allg. Z.“ bemerkt u. A.: „Der immerhin noch verbliebene starke Rest der nationalliberalen Partei trägt ein wesentlich anderes Gepräge, als dies früher der Fall war. Der Abg. v. Bennigsen ist ungeachtet seiner Erklärung, ein Mandat nicht annehmen zu wollen, gewählt worden, dagegen hat der Abg. Basker dies Mal ein Unterkommen nicht zu finden vermocht; neben vielen Anderen fehlt auch der Abg. v. Bunsen, welcher bekanntlich im Sommer den Reichskanzler für „gerichtet“ erklärte. . . . Die Centrumpartei scheint sich auf die Conservirung ihres starken Besitzstandes beschränkt zu haben; wir wünschen aufrichtig, daß sie mit friedlichen, den Aufgaben des Staates förderlichen Intentionen in die wichtige Session eintreten möge.“ — Die

„Nat.-Ztg.“ beklagt die „Lauheit der liberalen Wählerchaften, auch da, wo es galt, einen schwer gefährdeten Besitz zu vertheidigen,“ und schreibt: „Die nationalliberale Partei hat von den 169 Sitzen, die sie im vorigen Abgeordnetenhaus inne hatte, 101 behauptet, daher 68 verloren; 4 Sitze, welche die zwei Mal von Nationalliberalen gewählten Minister Falk und Hobrecht erhalten haben, sind dabei außer Berechnung gelassen. Der Fortschritt hat von seinen bisherigen 62 Sitzen 35 gerettet. 8 Liberale ohne weitere Parteibezeichnungen werden gemeldet, meistens der Gruppe Löwe-Berger zuzurechnen. Die Volkspartei erscheint durch 1 Mitglied vertreten. Polen sind 17 gewählt, vom Centrum 90 mit einem Gewinn von 4 Sitzen. Die große Masse gehört den Conservativen, Alt-, Neu- und Freiconservativen. . . . Die liberale Partei ist fast gänzlich auf die Seite gedrängt. Die Conservativen sind die maßgebende Fraction, soweit dies in ihrem Verhältniß gegenüber der Regierung gesagt werden kann. Sie werden verschiedene kleine Wünsche haben, deren Befriedigung ihnen wohl nicht entgegen wird.“ Von der Gesamtzahl der 433 Abgeordneten sind nur 241 wiedergewählt, also 192 neue Mitglieder. Infolge von Doppelwahlen haben 6 Nachwahlen stattzufinden.

— Wenn auch noch nicht offiziell bestätigt, so ist es doch sicher verbürgt, daß auch das Urtheil des dritten Kriegsgerichts den Capitän z. S. Grafen Montz, Commandeur des untergegangenen Panzerschiffs „Großer Kurfürst“, freigesprochen und dieses Urtheil auch die kaiserliche Bestätigung erhalten hat. Damit dürfte diese ganze unglückliche Angelegenheit, die seit 16 Monaten die allgemeine Aufmerksamkeit erregt und gefesselt hat, endlich ihren völligen Abschluß gefunden haben.

— Die Angelegenheit einer gesetzlichen Regelung der Fürsorge für die Hinterbliebenen der Reichsbeamten, welche bekanntlich seit Jahren in Aussicht genommen, ist, wie die „N. A. Z.“ erfährt, seitens des Reichshofkanzlers aufs Neue aufgenommen worden. Es sind die für die Vorarbeiten erforderlichen Materialien zusammengetragen worden, und man darf nach der gegenwärtigen Lage der Angelegenheit an der Hoffnung festhalten, daß der nächste Reichstag sich mit der wichtigen Frage beschäftigen wird.

— 9. October. Der Fürst und die Fürstin